



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

r/IV/29

9. März 1949

Amerika wird zentralistisch

Von Friedrich Stampfer

Expräsident Herbert Hoover ist eine der sympathischsten Figuren des öffentlichen Lebens der Vereinigten Staaten, ein großer Menschenfreund, dem auch die Deutschen viel zu danken haben. Solche Anerkennung schließt Kritik nicht aus. In manchem erscheint uns Mr. Hoover als ein Prophet nicht der Zukunft, sondern der Vergangenheit, ein Meister Anton, der seine Zeit nicht mehr versteht. Mr. Hoover, Obmann einer von Präsident Truman eingesetzten Kommission zur Überprüfung der Bundesverwaltung, hat vor kurzem vor der Handelskammer in New York eine Rede gehalten, die auch politisch interessierte Deutsche mit gespanntem Ohr angehört haben, denn sie behandelte ein Thema, das heute auch unter den Deutschen, wie auch zwischen ihnen und ihren derzeitigen militärischen Beherrschern mit großem Eifer abgehandelt wird, nämlich das Thema Zentralismus und Föderalismus.

Mr. Hoover erhob vor seinen kommerziellen Publikum bewegliche Flügel über die Zunahme der zentralisierenden Tendenzen in der Vereinigten Staaten. Er sieht in ihnen eine Gefahr für die persönliche Freiheit und klagt, das amerikanische Volk betrachte das Geld aus Washington als das reine Manna vom Himmel und sei bereit, dafür sein Erstgeburtrecht als ein freies Volk zu verkaufen. Die Regierung in Washington breite sich aus wie ein Polyp. Sei doch die Zahl ihrer Angestellten in den letzten sechzehn Jahren - d.h. seit Bestehen des demokratischen Regimes - von 500 000 auf 2 200 000 gestiegen.

Mr. Hoovers Feststellungen sind zweifellos richtig. Er übersieht nur, daß dieses Wachstum des zentralen Einflusses nicht die Folge einer verfehlenden demokratischen Politik ist, sondern einer objektiven Notwendigkeit entspricht. Die Weltwirtschaftskrise und der ihr folgende zweite Weltkrieg zwangen zu einer stärkeren Zusammenfassung der staatlichen Kräfte. Und ohne das "Manna", das sich in Dollarform auf die amerikanische Wirtschaft ergießt und das dann in Form von Mehl, Fett und anderen nützlichen Gegenständen auf Europa niederkommt, müßte die Welt in ein Elend geraten, das gerade ein Menscheneind und wie Mr. Hoover am meisten zu vermeiden wünscht. Der amerikanische Streit um Zentralismus und Föderalismus ist durch die Einwände der Siegermächte gegen das Bonner Verfassungswerk für uns Deutsche besonders aktuell. Hier soll nur von deutsch-amerikanischen Erwägungen zu diesem Punkt die Rede sein. Die Amerikaner möchten die Vorstellungen, die sie von ihrem eigenen Staatswesen haben, auf Deutschland übertragen, wobei sie zweierlei übersehen: erstens, daß es nicht alles, was für Amerika gut ist, auch für Deutschland gut sein muß, und zweitens, daß die Vorstellungen, die sie von ihrem eigenen Vaterlande haben, nicht einmal richtig sind. Sie möchten Deutschland amerikanisieren, aber nicht im Stil von 1949, sondern in dem des vergangenen Jahrhunderts.

Das erstaunlichste dabei ist aber folgendes: Amerika hat sich noch lange nicht alle Zöpfe der Vergangenheit abgeschnitten. Einer der Übelsten ist die Verschiedenheit der Wahlgesetze in den verschiedenen Staaten, denn sie macht es möglich, daß in einigen reaktionären Südstaaten die Ausübung des Wahlrechts von der Entrichtung einer Steuer abhängig gemacht und damit die arme Negerbevölkerung ihres Staatsbürgerrechts beraubt wird. Man hat in Deutschland den mutigen Kampf, den Präsident Truman während der letzten Wahlkampagne gegen diesen reaktionär-partikularistischen Unfug geführt hat, mit Interesse und Sympathie verfolgt. Umso erstaunter ist man, daß der reaktionäre Zopf, den Präsident Truman den Vereinigten Staaten abschneiden will, nun der jungen westdeutschen Bundesrepublik angehängt werden soll.

Wenn in Deutschland seit den Tagen des Norddeutschen Bundes das zentrale Parlament nach einem allgemein geltenden Reichswahlgesetz gewählt wurde, während es in den Vereinigten Staaten eine bunte Musterkarte der verschiedensten Wahlverfahren gab, so war Deutschland in diesem Punkt vor Amerika voraus, und es ist nicht einzusehen, mit welchem Recht man es auf eine Stufe zurückdrängen will, die die besten Kräfte Amerikas, mit dem Präsidenten an der Spitze, zu verlassen bemüht sind.

In Deutschland gibt es allerdings keine Neger und keine poll tax, doch gibt es reaktionäre Gefahren anderer Art mehr als genug. Die Schwäche der Zentrale gegenüber den Ländern hat wesentlich zum Sturz der Republik beigetragen. Ohne bayerische, brenschweigische, lipplische "Staatlichkeit" kein Hitler. Und wie dankt man sich die künftige Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland, die ja doch einmal kommen muß, wenn Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg usw. ihr nach russischen Anweisungen verfertigtes Wahlsystem auch auf die Wahlen der künftigen deutschen Volksvertretung anwenden wollen? Oder wenn sich in Zukunft wieder ein Land zur Brutstätte eines neuen Faschismus oder Bolschewismus entwickeln sollte, soll denn kein zentraler Besen da sein, der dort hineinfahren kann? Man beschließt Menschenrechte für die ganze Welt und will einem sich unbildenden Staat nicht gestatten, auf seinem eigenen Gebiet für die Wahrung der Menschenrechte Sorge zu tragen? Welch sonderbare Verwirrung! Man will in Washington verhindern, daß Frankfurt in München und in Stuttgart zuviel hineinredet, redet aber von Washington aus in alles hinein? Das liefe denn im Endeffekt darauf hinaus, daß nicht der Zentralismus abgeschafft würde, sondern daß es nur noch einen in Deutschland wirkenden Zentralismus gäbe, nämlich den von Herbert Hoover so heftig kritisierten amerikanischen.

Hammersmith in der Parteistrategie

sp. Nach dem Wahlsieg von Hammersmith sieht die Labour Party den Neuwahlen im kommenden Jahr in Ruhe entgegen, ruhiger jedenfalls als man noch bis vor kurzem angenommen hatte. Kurz nach Hammersmith haben auf der Insel Wight Beratungen der Partei-Exekutive stattgefunden, die wohl dem Programm für die Neuwahlen unter Berücksichtigung des Erfolges von Hammersmith gegolten haben. Die Beratungen waren geheim, es wurde kein Kommuniqué darüber ausgegeben und es verlautet, daß innerhalb der Partei gewisse Zwiespalte bestehen, die sich noch nicht beseitigen ließen. Es ist allerdings schon lange ein offenes Geheimnis, daß der linksradikale Flügel der Labour Party unter der Führung des kürzlich im Kravchenko-Prozeß in Paris als Zeugen für die Verteidigung aufgetretenen Abgeordneten Ziliacus die Außenpolitik Bevins nicht billigt. Aber vielleicht noch weitergehend sind die Differenzen über die Sozialisierungspolitik, die vom T.U.C., dem Gewerkschaftskongreß gebremst wird.

Während die Labour Party mit der Nachwahl von Hammersmith zufrieden sein kann, hat dieses Ereignis in konservativen Kreisen ernste Bestürzung hervorgerufen und zu ernststen Differenzen innerhalb der Partei geführt. Man macht nun für die Niederlage die angebliche Schwäche des Organisationsapparates der Tories verantwortlich und vergißt dabei, daß diese sich selbst vor der Wahl mit ihrer gründlichen Bearbeitung der Wählerschaft gebrüstet haben. Der Grund muß daher anderswo gesucht werden. Er dürfte wohl darin zu finden sein, daß die Konservativen außer einer Kritik der Labour-Regierung bisher keine konstruktiven Vorschläge oder Pläne vorlegen konnten, die an den einfachen Mann oder Frau appellieren. Ziemlich vage Reden über Beseitigung der vielen Kontrollen, die ja doch auch von der Regierung, wo immer argächtig, aufgehoben werden, reichen allein nicht aus. Bisher jedenfalls ist der Opposition jeder durchschlagende Erfolg versagt geblieben. Das berechtigt die Labour Party zu der Hoffnung, daß ihr bei den Hauptwahlen im kommenden Jahr zwar eine gewisse Anzahl von Stimmen, besonders aus Kreisen des Mittelstandes, verloren gehen wird, es berechtigt aber nicht zu der Annahme, daß mit einer konservativen "Lawine" zu rechnen sei.

Dr. M.

Die Gesundheitspolitik der SPD

sp. Wie bereits mitgeteilt, hat der sozialpolitische Ausschuß beim Parteivorstand sich in seiner letzten Sitzung zu dem Grundsatz der "Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte" bekannt, daß das Ziel sozialistischer Gesundheitspolitik die Schaffung eines umfassenden Gesundheitsdienstes ist, "den jeder Staatsbürger nach Maßgabe seiner Mittel mitzutragen hat und der jedem Bürger ohne Rücksicht auf seine soziale und wirtschaftliche Lage jede Art von Behandlung und Beratung sichert".

Gesundheitspolitik bedeutet bei dieser Aufgabenstellung nicht allein die Bekämpfung der Krankheit; sondern die Mitarbeit aller an der Schaffung sozialer und gesellschaftlicher Verhältnisse, die zahlreiche Krankheitsfaktoren überhaupt ausschalten. Die zu ergreifenden Maßnahmen zur stufenweisen Erreichung dieses Zieles sind in einem gesundheitspolitischen Aktionsprogramm festgelegt: Einheitliche Planung auf dem Gebiet des gesamten Gesundheitswesens und Anschluß an die Weltgesundheitsorganisationen.

Dem kommenden deutschen Bundesstaat muß das Recht und die Pflicht der Grundsatz- und Vorranggesetzgebung und die Aufsicht über das gesamte Gesundheitswesen obliegen. Der Staat regelt diese Aufgabe durch Schaffung eines Volksgesundheitsgesetzes und eines zentralen Gesundheitsministeriums. Ein wissenschaftlicher Gesundheitsrat steht dem Ministerium beratend und empfehlend zur Seite. Die Planung und Durchführung allgemeiner und spezieller gesundheitspolitischer Aufgaben durch die Zentralinstanzen müssen die bisherige Zersplitterung und Planlosigkeit beenden: Ausbau der sozialen Krankheitslehre und Sozialhygiene gehört zu den wesentlichsten Aufgaben jeder Gesundheitsbehörde. Schaffung einer einheitlichen Medizinalstatistik, Aufsicht über die gesamte Krankenversorgung, Seuchenbekämpfung und intensive Erforschung aller Volkskrankheiten sind Aufgabe der Gesundheitsinstanzen des Bundes. Die Vergesellschaftung der pharmazeutischen Industrien muß die Ausschaltung der privatwirtschaftlichen Profitinteressen auf diesem der Allgemeinheit dienenden Industriezweig zum Ziel haben. Dem sozialen Wohnungsbau ist entsprechende Bedeutung zuzumessen, so ist z.B. in jedem Fall für die Tuberkulosefürsorge ein prozentualer Anteil jedes neu zu erstellenden Wohnraumes zur Verfügung zu stellen.

Die speziellen öffentlichen Aufgaben liegen im gesundheitlichen Schutz der Arbeitskraft und der Familie. Der Schutz der Arbeitskraft ist zu schaffen und zu vertiefen durch Ausbau von Einrichtungen, die der gesundheitlichen Betreuung von Betriebsangehörigen dienen. Wiederherstellungs- und Umschulungsstätten, sowie Arbeitsversehrtenheimen sind für Versehrte der Arbeit ebenso zusätzlich zu den Leistungen der Sozialversicherung zu schaffen, wie Kriegsversehrtenwerkstätten als gemeinnützige Betriebe für die Kriegsbeschädigten. Bei der Wirtschaftsplanung und Einrichtung neuer Industrien sind die sozialhygienischen Grundsätze und die Kenntnisse der industriellen Psychologie zu beachten und die Gesundheitsbehörde einzuschalten.

Zum Schutz der Familie sind Ehe- und Lebensberatungsstellen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen um die Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge auszubauen. Der arbeitenden Frau und Mutter sind zusätzlich zu den Leistungen der Sozialversicherung Möglichkeiten zur unentgeltlichen Pflege und Erholung zu schaffen. Besonderes Augenmerk ist auf die gesundheitliche Schul- und Lehrlingsfürsorge zu wenden.

Dr. Hermann Karl

Die Ostzone kämpft, Herr Kaiser!

sp. Herr Kaiser hat vor einiger Zeit in einem Artikel "Die Ostzone wartet" alte Behauptungen aufgewärmt: Die Vereinigung der Sozialdemokratischen mit der Kommunistischen Partei im April 1946 habe freiwillig und in einem gewissen Verschmelzungsfieber stattgefunden. Ein weiterer Widerstand der SPD in der Ostzone hätte im Verein mit dem Widerstand der anderen Parteien die volksdemokratische Entwicklung der Ostzone verzögert und vielleicht verhindert.

Diese Behauptung zeigt, daß Kaiser auch heute noch, nachdem die CDU am eigenen Leibe die Praxis der kommunistischen Blockpolitik erlebt hat, sich immer noch nicht von der Illusion der Möglichkeit einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kommunisten freigemacht hat. Er ist heute noch der Ansicht, die Aufgabe der Blockparteien in der Ostzone sei es gewesen, "so zu handeln, als sei das Schlagwort von der östlichen Demokratie eine echte Münze". Mit dieser illusionären Ansicht eine Blockpolitik zu beginnen, bei der das Macht- und Kräfteverhältnis vollkommen ungleich verteilt war, hieß, politischen Selbstmord zu begehen. Die CDU Jacob Kaisers hat diesen Selbstmord inzwischen begangen.

Die SPD in der Ostzone hat dieses fortgeschrittene Stadium der ostzonalen Blockpolitik nicht mehr erlebt. Sie war bereits am Anfang des Jahres 1946 unterdrückt. Sie war für die kommunistischen Absichten besonders gefährlich, weil sie das Vertrauen der Arbeiterschaft und weiter Kreise der Bevölkerung besaß und auch heute noch besitzt. Die Mittel, die SMA und SEP zur Unterstützung der kommunistischen Absichten einer Fusion zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten einsetzten, waren zahlreich. Sie hatten jedoch nur bei einem kleinen Kreis Leichtgläubiger Erfolg.

Kaiser erklärte noch am 21. Februar 1948, also bereits nach der völligen Gleichschaltung der CDU: "Es ist nicht richtig, daß dafür (für die richtige Beurteilung der kommunistischen Absichten, D.Red.) schon die Verschmelzung der beiden marxistischen Parteien Lehrbeispiel genug war. Anfang 1946 konnten noch nicht alle den Geschehnissen auf dem Grund sehen". Nun, viele konnten es, wie sich später herausgestellt hat. Kaiser konnte es nicht. Er, der sich heute berufen fühlt, Ratschläge zu erteilen, hoffte damals noch, als lachender Erbe aus dieser Zwangsvereinigung hervorzugehen und die Stimmen der Unzufriedenen für seine Partei buchen zu können. Kaiser und die CDU taten deshalb auch nichts, um sich von den angewandten Methoden des Terrors zu distanzieren.

Die Entwicklung in der Sowjetzone ist seitdem in bolschewistischem Sinne immer weiter fortgeschritten. Ehemalige Sozialdemokraten, heute oft auch Inhaber eines Mitgliedsbuches der SEP, leisten der Sowjetisierung der Ostzone Widerstand wo immer sie können. Tausende befinden sich in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern

Der Ostzone oder den Zwangsarbeitslagern der Sowjetunion. "Schwacheragent" ist der von kommunistischer Seite erfundene Begriff für aufrechte Menschen geworden, die sich den bolschewistischen Absichten nicht gebeugt haben, mögen sie auch den bürgerlichen Parteien der Ostzone angehören. Das ist mehr als eine Zufälligkeit. Es ist das Eingeständnis des Gegners und ein Beweis für den Umfang des konsequenter sozialdemokratischer Widerstandes vom ersten Tage an.

Die Erfolge der Politik des sogenannten CDU-Widerstandes in der Ostzone jedoch müssen erst bewiesen werden. Bewiesen ist bisher nur, daß die Blockparteien der Ostzone und damit auch die Partei Kaisers das demokratische Märtyrchen für undemokratische und unmenschliche Handlungen der SED geworden sind. Die Ostzone wartet nicht nur, in erster Linie kämpft sie. Die Frage aber, wer die Hauptlast des Kampfes trägt, wird zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden, denn nämlich, wenn auch in dem sowjetisch besetzter Teil Deutschlands die Bevölkerung das Recht haben wird, an freien Wahlen teilzunehmen. Wir Sozialdemokraten erwarten besonders nach dem Hinweis, der in dem Ergebnis der Berliner Wahl lag, die Entscheidung mit Zuversicht. (B. 1/93/1/hs)

Bonn an erster Stelle

Zur bevorstehenden Vorstandssitzung der SPD

(sp) An der Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei am 11. und 12. März in Köln ("Hotel am Zoo") werden auch die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und je ein sozialdemokratischer Minister aus den Ländern ohne sozialdemokratische Regierungsführung, sowie die zur Zeit in Bonn anwesenden Mitglieder der Fraktion teilnehmen.

Im Vordergrund stehen fünf Fragen: Die sozialdemokratische Haltung zu den Einwänden der Militärregierungen gegen den Bonner Entwurf - zur Lage in Berlin - zur Europa-Union - zur Deutschen Union - sowie das Wohnungsbauprogramm der Partei.

Wie weit es zu Beschlüssen kommen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen, und zwar, was das Thema Bonn betrifft, deshalb nicht, weil gegenwärtig noch Besprechungen zwischen Vertretern der Militärregierungen und deutschen Politikern im Gange sind, von denen man nicht wissen kann, wie weit sie bis zum Zusammentritt des Vorstandes der SPD gediehen sind. Unter Umständen wird es sich als notwendig erweisen, kurzfristig eine neue Sitzung anzubrauen. Jedenfalls besteht in massgebenden Parteikreisen keine Bereitschaft, so wichtige Beschlüsse unter dem Druck irgendeiner Terminnot zu fassen.

Die Beratungen werden voraussichtlich am Sonnabendmittag beendet sein. Für diesen Tag ist um 15 Uhr eine allgemeine Pressekonferenz vorgesehen, in der die Ergebnisse bekanntgegeben werden und auf Fragen Antwort erteilt werden wird.

Verpuffte Sensation

sp. Eine amerikanische Agentur hat dieser Tage eine sensationell aufgezogene Meldung über angebliche sozialdemokratische Vorschläge zur Verstaatlichung der Schwerindustrie verbreitet, die im Zusammenhang mit der Beratung des Bonner Grundgesetzes gebracht wurde. An diese Behauptung wurde dann eine Reihe weiterer Kombinationen geknüpft. Als Quelle waren Kreise der amerikanischen Besatzungsmacht in Frankfurt a.M. genannt.

Aus dem Büro des Parteivorstandes wird dazu mitgeteilt, es sei allgemein bekannt, daß die Sozialdemokratie die Sozialisierung der Schwerindustrie wünsche und insofern teilt die erwähnte Meldung nichts Neues mit. Selbstverständlich können solche Wünsche nicht im Zusammenhang mit der Behandlung des Bonner Entwurfes vorgebracht werden, der sich mit ganz anderen Dingen zu befassen habe. Im kommenden Volkstag dagegen bestünde durchaus die Wahrscheinlichkeit der Einbringung eines entsprechender Gesetzentwurfes. Ganz abwegig sei es, von dem Bestehen einer sozialdemokratischen Minderheit zu sprechen, die wieder eine besondere politische Linie in dieser Frage verfolge.

Noch immer Kriegsgefangene in den Satellitenstaaten

sp. Trotz der amtlichen Zusicherung der jugoslawischen Regierung, daß am 18. Januar 1949 die letzten Kriegsgefangenen aus Jugoslawien in Deutschland eingetroffen seien, kamen kürzlich wieder 20 Offiziere und einige Tage später 170 Offiziere aus Jugoslawien in die Westzone zurück. Die Heimkehrer erzählten, daß noch einige Tausend Deutsche Kriegsgefangene in Jugoslawien widerrechtlich zurückbehalten werden, ohne die zu freien Arbeitern umgewandelten Kriegsgefangenen.

Im Verlauf des Monats Februar traf ein weiterer Transport von Deutschen Kriegsgefangenen aus Polen ein. Sie kamen aus 53 verschiedenen Lagern, die zu diesem Zeitpunkt etwa 26 580 Kriegsgefangene faßten. Aus Warschau werden auch noch Frauenlager gemeldet. Die 53 Lager stellen etwas mehr als die Hälfte aller Lager in Polen dar, in denen noch Deutsche zurückgehalten werden. Auch in der Tschechoslowakei soll es entgegen amtlichen Zusicherungen nach Aussage von Geflüchteten noch rund 8 - 11 000 Kriegsgefangene geben, und zwar in den unter sowjetischer Verwaltung stehenden Uranbergwerken von Joachimsthal und Umgebung.